

Pulver will Automatismus beim Gehalt

Lehreranstellungsgesetz Der Grosse Rat erhört den Ruf nach besseren Anstellungsbedingungen

VON BRUNO UTZ

Die Lehrerinnen und Lehrer sollen wieder einen gesicherten Gehaltsaufstieg bekommen: «Die Lohnentwicklung soll kontinuierlich erfolgen und das Gehaltsmaximum nach spätestens 30 Jahren erreicht werden können.» Diese von Andreas Blaser (SP/Steffisburg) mit einem Vorstoss erhobene Forderung fiel gestern im Grossen Rat auf fruchtbaren Boden. Allerdings unterstützte das Parlament lediglich einen Prüfungsauftrag: Das entsprechende Postulat überwies der Rat mit 86 zu 47 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Blaser hatte seinen Vorstoss gewandelt, nachdem sich insbesondere die Fraktionssprecher von SVP und BDP gegen die Motion ausgesprochen hatten. Dasselbe gilt bezüglich der zweiten Forderung, dass die Anfangsgehälter für alle Lehrerinnen und Lehrer zu erhöhen seien. Diesen Punkt des Vorstosses überwies der Grosse Rat mit 91 zu 47 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Blaser vorgängig: «Die Anliegen ist mir zu wichtig, als dass ich ein Scheitern riskieren möchte.»

Für die Überweisung des Postulats hatte ausdrücklich auch Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) plädiert: «Damit erhält der Regierungsrat den nötigen Freiraum, um im Rahmen der Überarbeitung des Lehreranstellungsgesetzes Prioritä-

«Damals hat ein Lehrer nach zehn Jahren mehr verdient als heute.»

Bernhard Pulver,
Erziehungsdirektor

ten zu setzen.» Aus seiner Sicht sei nämlich noch offen, ob die Einstiegsgehälter erhöht werden müssten. Aus zahlreichen Reaktionen von Lehrpersonen wisse er, dass ihnen der automatische Gehaltsaufstieg wichtiger sei.

Als Arbeitgeber wolle er eine gute Bildung, dafür brauche es jedoch viele und vor allem gute und motivierte



Am 12. November 2010 demonstrierten Tausende Lehrpersonen für bessere Anstellungsbedingungen. UZ

Lehrer. «Das alte Lohnsystem war gut», blickte Pulver auf die Zeit vor dem 1. August 2007 zurück. Damals wurde der gesicherte Gehaltsaufstieg aufgegeben. Seither habe sich die Lohnsituation tatsächlich verschlech-

tert. «Vorher hat eine Lehrperson nach zehn Jahren nominell mehr verdient als heute. Das ist so nicht akzeptabel.»

Er wolle keinen Leistungslohn für die Lehrer. Es gebe hingegen gute

Gründe, wieder zum automatischen Gehaltsaufstieg zurückzukehren. Grosse Mehrkosten für den Kanton seien deswegen nicht zu befürchten. Ab dem Jahr 2015 würden nämlich jährlich fast zehnmal mehr Lehrerinnen und Lehrer pensioniert als heute. Die meist das Maximum verdienenden Lehrpersonen würden durch weniger hoch entlohnte Junge ersetzt. «Teuer werden könnte das gehaltsmässige Aufholen der heutigen Lehrpersonen», räumte Pulver ein. Die Besoldungssituation sei ein wichtiger Faktor für die Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs – insbesondere auch im Hinblick auf den drohenden Lehrermangel.

Es sei sein Ziel, dass das zu revidierende Lehreranstellungsgesetz am 1. August 2014 in Kraft tritt.

■ DUBIOS: MELDEPFLICHT FÜR BEHÖRDEN

Im Rat standen gestern noch weitere Vorstösse zum Entscheid an: Diskussionlos überwies das Parlament mit 118 gegen 1 Stimme die Motion «Schutz der Schule vor dubiosen Lehrpersonen». Daniel Steiner (EVP/Langenthal) verlangt

darin eine **gesetzliche Meldepflicht** von Schulbehörden, Strafbehörden und Gerichten bei Eröffnung oder Abschluss von Strafuntersuchungen. Zurückgezogen haben Daniel Steiner und Monika Gyax (BDP/Obersteckholz) ihre gemeinsame Motion

zur Schaffung von **Time-out-Klassen**. In solchen Spezialklassen hätten vom Unterricht in Regelklassen ausgeschlossene Schüler unplatziert werden sollen. Für den Oberaargau nannte Steiner jährlich sechs bis acht betroffene Schüler. (UZ)

Köniz schnallt den Gürtel enger

Köniz Die viertgrösste Berner Gemeinde, Köniz, muss sparen: Der Gemeinderat hat ein Entlastungspaket im Umfang von 6,6 Millionen Franken geschürt. Damit soll die Gemeinde ab 2014 wieder schwarze Zahlen schreiben.

Insgesamt prüfte der Gemeinderat rund 150 Massnahmen, deren 59 hat er verabschiedet, wie aus einer Mitteilung vom Donnerstag hervorgeht. Der Gemeinderat sieht sowohl auf der Einnahmenseite wie auf der Ausgabenseite Massnahmen vor.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP) nannte auf Anfrage etwa die Schliessung der speziellen Sekundarklassen am Gymnasium Lerbermatt. Für das Standortmarketing will der Gemeinderat weniger Mittel zur Verfügung stellen. Auch die Investitionen sollen um ein bis zwei Millionen gekürzt werden. Schliesslich soll die Bevölkerung 2014 auch auf ein geplantes Köniz-Fest verzichten.

Einnahmeseitig will der Gemeinderat unter anderem Landgeschäfte forcieren oder den Kostendeckungsgrad bei den Kindertagesstätten verbessern. Weitere Massnahmen, darunter die Erhöhung der Steuern, befinden sich «in einem Reservepool», wie Mentha auf Anfrage sagte. Das bedeute, dass die Steuern noch unangetastet bleiben. Köniz hat erst 2010 die Steuern um einen halben Zehntel auf 1,49 gesenkt. Die Liegenschaftsteuer beträgt 1,2 Promille. (SDA, UZ)

Einstimmig gegen Energiegesetz und fürs Kreuz beim Volksvorschlag

15. Mai Nein zum Energiegesetz, ja zum Volksvorschlag: Diese Parolen fassten die 240 SVP-Delegierten gestern Abend in Belp einstimmig.

VON BRUNO UTZ

Peter Brand, Fraktionschef und Präsident des Hauseigentümergebietes Kanton Bern, hatte gestern vor den Delegierten ein leichtes Spiel: Einstimmig und ohne Diskussion folgten sie seiner Aufforderung, wie am 15. Mai, bei der kantonalen Vorlage neues Energiegesetz abzustimmen sei. Brand überzeugte die Anwesenden, im Volksvorschlag sei alles Positive des Energiegesetzes ebenfalls enthalten. «Aber das Obligatorium, dass für jedes Haus ein Gebäudeenergieausweis (GEAK) zu erstellen ist, und die neue Stromsteuer sind weg.»

Gegen Zwang und Bürokratie

Der GEAK sei gut für die Sanierungswilligen und jene, die ihr Haus verkaufen wollen. Der Regierungsrat glaube jedoch, alle Hauseigentümer belehren zu müssen. «Wir sind jedoch gegen den Zwang und gegen die Bürokratie.»

Die Förderabgabe auf Strom sei falsch. Die Strompreise würden ohnehin ansteigen und sollten nicht

Struchen neu im Vorstand

Die Delegierten der SVP wählten gestern Abend die bald 50-jährige Bäuerin Béatrice Struchen (Epsach) wieder in den Vorstand. Grossrätin Struchen ist Vizepräsidentin der Fraktion. Im jetzt 28-köpfigen Parteivorstand ist sie die fünfte Frau. Im vergangenen Jahr 2010 schlugen die Wahlen in der Jahresrechnung netto mit Ausgaben von 358 549 Franken zu Buche. Die bei Ausgaben von 907 376 Franken mit einem Verlust von 123 730 Franken schliessende Rechnung wurde von der Versammlung genehmigt. Im laufenden Jahr soll wieder ein Gewinn resultieren. Bei Gesamterträgen von 642 000 Franken ist ein Überschuss von 45 500 Franken budgetiert. Die SVP Kanton Bern zählte Ende letzten Jahres 16 417 Mitglieder. (UZ)

noch zusätzlich verteuert werden. Die mit der «Stromsteuer» geplanten Einnahmen für Förderbeiträge an energetische Haussanierungen sollten aus dem ordentlichen Haushalt finanziert werden. «Die 30 Millionen Franken machen 0,3 Prozent des Staatshaushalts aus. Das hat Platz.»

Auch das «Wichtigste», so Brand, bei der Stichfrage das Kreuzchen beim Volksvorschlag zu machen, be-

schloss die Versammlung einstimmig.

Präsident Rudolf Joder warnte vor Schnellschüssen, weder in der Europapolitik noch in der aktuellen energiepolitischen Debatte. Für die Sondersession des Grossen Rates im Juni werde sich die Partei «intensiv und umfassend vorbereiten». Die SVP sei gewillt, einen substanziellen Beitrag in dieser Debatte zu leisten. «Wir erwarten aber vom Regierungsrat detaillierte Grundlagen, die aufzeigen, wie die Energieversorgung sichergestellt werden kann und wie die erneuerbaren Energien wirkungsvoll gefördert werden können.» Erwartet würden vom Regierungsrat auch Vorschläge für die rechtlichen Anpassungen, damit die Verfahren für die erneuerbaren Energien vereinfacht, beschleunigt und die Einsparmöglichkeiten eingeschränkt werden können. Joder: «Nach den grossen Worten sind jetzt Taten nötig. Ich bin gespannt, in welchem Tempo die Grimselstaumauer erhöht werden kann.»

Um im Oktober das Wahlziel (neun Nationalräte und den Ständeratssitz) zu erreichen, gelte die Devise: «Mobilisieren, mobilisieren, mobilisieren». Für den am 6. März zum Ständerat gewählten Adrian Amstutz gabs eine stehende Ovation, für seinen Nachrücker im Nationalrat, Thomas Fuchs, Applaus.

Nachrichten

Oberaargau Sieber neu Chef Regionalpolizei

Der 39-jährige Christian Sieber wurde vom Regierungsrat zum neuen Chef der Regionalpolizei Mittelland/Emmental/Oberaargau bei der Kantonspolizei Bern ernannt. Sieber schloss 2003 sein Kriminalistikstudium an der Universität Lausanne ab. Zusätzlich erwarb er 2004 das Zertifikat Polizist und war Prüfungsexperte bei der Berufsprüfung Polizist. Seit 2005 war er als Chef der Bereitschafts- und Kantonspolizei bei der Luzerner Polizei angestellt. Sieber tritt die Stelle bei der Kantonspolizei Bern am 1. Juli 2011 an. Er wird Nachfolger von Thomas Solberger. Dieser ist seit Januar 2011 Chef der Kriminalabteilung der Kantonspolizei. (KBE)

Geld Kanton überweist Gemeinden 36 Millionen

Der Kanton Bern beteiligt die Gemeinden an den Erträgen der leistungsabhängigen Schwerkverkehrsabgabe (LSVA) und der Motorfahrzeugsteuer. Für das laufende Jahr hat der Regierungsrat dafür einen Kredit von 35,94 Millionen Franken bewilligt. Die Gemeinden erhalten 30 Prozent der LSVA-Erträge und 4 Prozent des Reinertrages der Motorfahrzeugsteuer. Die Beiträge werden aufgrund der Länge der Gemeindestrassen sowie der Rad- und Wanderwege berechnet. (KBE)

Kalte Progression 2012 Ausgleich von 0,6%

Die aufgelaufene Teuerung auf den Einkommenssteuertarifen wird gemäss einem Beschluss des Grossen Rates künftig jährlich ausgeglichen. Die per 1. Januar 2012 ausgleichende Teuerung beträgt 0,6 Prozent. Die Reduktion des Tarifs führt im Steuerjahr 2012 zu Entlastungen von rund 5 Millionen Franken bei der Kantonssteuer und rund 2,5 Millionen Franken bei den Gemeindesteuern. (KBE)

Noflen Technische Störung löst Brand aus

Der Brand eines Bauernhauses in Noflen geht vermutlich auf eine technische Störung in der elektrischen Hausinstallation zurück. Das fanden die Spezialisten des Dezernats Brände und Explosionen heraus, wie die Kantonspolizei gestern mitteilte. Beim Brand vom vergangenen Samstag war Sachschaden von mehreren hunderttausend Franken entstanden. Das Feuer zerstörte den Ökonomieteil des Bauernhauses in der Limpachmatt und beschädigte auch den Dachstock des Wohnteils. Verletzt wurde niemand. Die Tiere konnten rechtzeitig ins Freie getrieben werden. (SDA)

Bern «Altes Tramdepot» spendet Geld für Bären

In der bisherigen Geschichte des 1998 eröffneten Restaurants Altes Tramdepot ist die Eröffnung des Bären Parks ein wichtiger Meilenstein. Die jährlich fast 2,5 Millionen Besucherinnen und Besucher des jüngsten Stadtbearner Wahrzeichens besuchen der Mieterschaft der Immobiliengesellschaft Altes Tramdepot AG – die AG ist im Besitz der Mieterin, der Valora AG und der Bürgergemeinde Bern – erfreuliche Umsätze. Als Zeichen des Dankes und der Anerkennung beschloss der Verwaltungsrat der Immobilien AG zugunsten der Berner Bären eine Spende von 40 000 Franken. Die symbolische Check-übergabe an die Stiftung Bären Park erfolgte gestern. (MG7)